

**Stellungnahme der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie Bezirk Schleswig-Holstein**

**Durch Bezirksleiter Andreas Suß**

**Zum Themenkomplex „Perspektiven für die Westküste“**

04.05.2015

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie Bezirk Schleswig-Holstein (nachfolgend kurz IG BCE) vertritt in dem Raum Westküste / Wirtschaftsraum Brunsbüttel gesamt 3600 Mitglieder mit den Hauptwirtschaftsbereichen Chemische Industrie, Zementindustrie, Erdölindustrie sowie Papierindustrie. Allein im Chemiapark Brunsbüttel und seinen angrenzenden Firmen sind ca. 2000 Beschäftigte sowie ca. weitere 600 beschäftigte in Handwerk und Zulieferindustrie beschäftigt.

Damit stellt der Wirtschaftsraum Brunsbüttel / Westküste in Schleswig-Holstein einen der größeren industriellen Schwerpunkte in Schleswig-Holstein mit entsprechender Wertschöpfung.

Dies bedeutet, dass für diesen Wirtschaftsraum hohe Anforderungen an die hierfür überlebensnotwendigen Bereiche

- Verkehr und Logistik
- Fachkräfte, Attraktivität und Demografie
- Energiepolitik

gestellt werden.

**Zum Bereich Verkehr und Logistik:**

Einer der Schwerpunkte im Logistikbereich bildet das Straßennetz in dieser Region. Hierbei spielt die Anbindung und der Ausbau der Bundesstraße 5 sowie der Bundesautobahn A 23 eine entscheidende Rolle. Insgesamt bewegen sich über die Bundesstraße 5 für den Raum Brunsbüttel jährlich ca. 77 tausend LKW um die Wirtschaftsregion und die Unternehmen mit Waren, Produkten und Rohstoffen zu versorgen bzw. diese abzutransportieren. Hinzu kommt für den Raffinerie Standort Heide eine Anzahl von ca. 81 tausend LKW pro Jahr. Nicht mitgerechnet hierbei die LKW Zahl des Logistikunternehmens Kruse Brunsbüttel die ebenfalls im Schwerpunkt die Bundesstraße 5 benutzen.

Die Attraktivität dieses Standortes ist in hohem Maße vom zügigen Ausbau der B5 abhängig!

Der derzeit vorgesehene Ausbau der B5 allein bis zum Ortsbereich Wilster stellt eine völlig unzureichende Ausbauvariante dar. Hinzu kommt, dass die veraltete Datenerhebung der Verkehrsflüsse offensichtlich zu einem Fehlschluss führt.

**Forderung:** Hierbei muss der Gesamtausbau der B5 bis zum Wirtschaftsraum Brunsbüttel vorgenommen werden.

Über den sehr starken LKW Verkehr hinausgehend ist dieses insbesondere für den Pendlerverkehr notwendig um den Wirtschaftsraum auch für entsprechendes Fachpersonal und Beschäftigte der Region weiträumig attraktiver zu machen.

Allein die Wiederaufnahme der Fährlinie Brunsbüttel - Cuxhaven wird hier nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein darstellen und in keiner Weise ausreichen.

Ebenso ist es zwingend notwendig die zusätzliche Elbquerung bei Glückstadt durch die Landesregierung massiv zu unterstützen und voran zu treiben. Behindernde Maßnahmen diesbezüglich schaden dem Wirtschaftsraum Brunsbüttel erheblich.

Ebenfalls gehört hierzu der konsequente Ausbau der entsprechenden Autobahnanbindung, um dem Wirtschaftsraum in der weiteren Perspektive eine sichere Anwendung, nicht zuletzt auch an den Raum Skandinavien wie auch das Autobahnnetz südlich der Elbe in den Bereich Nordrheinwestfalen, Bremen und Beneluxstaaten, zu ermöglichen.

Auf Grund des noch mindestens vier Jahre dauernden Ausbaus der A7 zwischen Hamburg und Bordesholm und durch den Autobahnausbau bis voraussichtlich 2030 um Hamburg herum, wird es erhebliche Behinderungen, Fahrzeitverlängerungen und Staus geben.

Ein ergänzender Ausbau des Bahnanschlusses für LKWs z.B. der Firma Holcim (Zementtransport zwischen Lägerdorf und Schiffsverladung Brunsbüttel) würde hier für erhebliche Entspannung sorgen. Die Landesregierung sollte sich hierfür intensiv einsetzen und ggf. Ausbaumittel zur Verfügung stellen.

#### **Problembereich Schiene:**

Die technischen Ausbaumöglichkeiten sind seitens der Firma Holcim für eine Schienenverbindung Brunsbüttel – Itzehoe geprüft, die Finanzierung ist allerdings nicht geklärt!

#### **Problembereich Bahnverkehr und Bahnlogistik:**

Allein die Firma Total Bitumen bewegt ca. 100 Züge mit Kesselwagen pro Jahr. Hinzu kommen ca. nochmals 6000 Kesselwagen der Raffinerie Heide.

Der Ausbaustand der Eisenbahnhochbrücke bei Hochdonn ist völlig unbefriedigend. Güterzüge aus Heide müssen in Spitzenzeiten vor der Brücke getrennt und danach wieder Zeit- und Kostenaufwendig zusammengeführt werden.

Der Ausbau, mindestens jedoch die Ertüchtigung der Eisenbahnbrücke Hochdonn ist zwingend notwendig und muss durch die Landesregierung dringend vorangetrieben werden.

Ein weiterer Problempunkt scheint die unsichere Anbindung des Standortes Glückstadt bei Neuausschreibungen der Konzessionen zu sein. Wird Glückstadt bald nicht mehr Haltepunkt sein? Welche Konsequenzen hat dies für den Straßenverkehr, insbesondere in Richtung Hamburg?

Ebenso beobachten wir beim Bahnverkehr seit Jahren die Stilllegung und den Rückbau von Strecken, was wir dagegen brauchen ist ein Ausbau statt Stilllegung. Pendlerströme müssen dringend von der Straße womöglich auf die Schiene verlegt werden.

Aus unserer Sicht scheint es da keinen „Masterplan Industrielle Weiterentwicklung Westküste“ zu geben. Dieser ist aber dringend notwendig, um die Rahmenbedingungen positiv zu gestalten!

Wer keinen Plan hat, der schafft auch keine Veränderung.

Die Landesregierungen müssen dringend finanzielle Mittel zum Ausbau der Infrastruktur an der Westküste vorsehen.

#### **Nord-Ostseekanal und Schiffsanleger:**

Allein die Firma Total Bitumen fertigt pro Jahr 3000 Schiffe, die Raffinerie Heide ergänzend noch einmal mindestens 1200 Schiffe ab.

Die beiden Standorte sind elementar vom reibungslosen Zu- und Ablauf der Schiffe abhängig. Hierzu ist der Ausbau der neuen Schleusenammer Brunsbüttel zwingend und elementar notwendig. Hierbei ist der Zeitplan dringend einzuhalten. Die Ertüchtigung der Älteren Schleusenammern ist dringend durch die Landesregierung auf Bundesebene anzumahnen und voranzutreiben. Hierzu gehört auch der Ausbau des NOK selbst. Die geplante Vertiefung und Ausbau der Streckenbereiche ist ebenso durch die Landesregierung in den Fokus ihrer Infrastrukturpolitik zu setzen.

**Der Ausbau des Elbehafens, insbesondere der Bereiche, die für den Ausbau von Windenergie die dem Windenergieimport dienen, muss durch die Landesregierung massiv unterstützt und vorangetrieben werden.** Hier bei dürfen die Kommunen und Städte vor Ort nicht allein gelassen werden. Eine finanzielle Unterstützung durch das Land ist hier dringend angezeigt.

### **Fachkräfte und Demografie:**

Die Attraktivität der Region Westküste für Arbeitskräfte und Wirtschaft muss dringend in den Bereichen

- Kultur und Freizeit
- Verbindung Natur mit Arbeit
- Attraktive Arbeitsbedingungen

sichergestellt werden. Wir stellen leider hingegen fest, dass Einschränkungen für Kultur- und Freizeitmöglichkeiten z.B. im ElbeForum, Krankenhaus Brunsbüttel, beim Bildungssystem (Schule, Hochschule, Aus- und Weiterbildung), Freibad, etc. in der Region zu verzeichnen sind. Zur Attraktivität würde ebenfalls ein besser ausgebauter ÖPNV sowie erleichterter Individualverkehr durch Ausbau der Verkehrswege – wie bereits vorstehend ausgeführt – beitragen.

Die Ausschreibungen bei der NOB (Nord-Ostseebahn) lässt gegebenenfalls weitere Nachteile in der Region (insbesondere Glückstadt) befürchten.

In der Region fehlt es vor allem an hochqualifizierten Angestellten und Facharbeitern. Die Tarifpartner des Arbeitgeberverbands und der IG BCE tun hierbei bereits ihr Möglichstes, um attraktive Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in dieser Industrie herzustellen.

Gleichwohl müssen die lokalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie auch die Attraktivität der Lebensbedingungen durch Land, Stadt und Kommune dringend sichergestellt werden.

Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen reichen alleine nicht aus, um attraktiv für neue Unternehmen zu sein. Die Attraktivität der Lebensbedingungen in der Region darf sich nicht weiter verschlechtern – Verbesserung wäre wichtig, damit mehr Menschen Gefallen daran finden an der Westküste zu leben und zu arbeiten.

Häufig scheidet es daran hochqualifizierte Angestellte und Facharbeiter aus anderen Regionen in diese Westküstenregion zu ziehen.

Hierzu ist es zwingend notwendig, dass die Akteure der Region (Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Verbände) sich gemeinsam und koordiniert mit einem entsprechenden Masterplan für die Region engagieren. Der Landesregierung und der Kommunen vor Ort kommt hierbei eine federführende Aufgabe zu.

### **Konkrete Fragen:**

- Wird die Landesregierung einen Masterplan zum Thema Attraktivitätssteigerung Westküste mit folgenden Themen erstellen:
  1. Zukünftiger Fachkräfte Bedarf
  2. Steigerung der Attraktivität durch Infrastruktur, Kultur- und Freizeitangeboten, Bildungskonzepten sowie Forschung
- Unter der Überschrift „Touristik, Leben im Grünen mit Industrie“ gehören Industrie und Tourismusverbände an einen Tisch, wird die Landesregierung einen solchen Dialog federführend einleiten?

Ebenso gehört zu den zentralen Fragen, dass Angebote der Kommunen und Städte für Freizeit (Kultur, Kindergärten, Bildung) auch zukünftig finanziert werden können.

Hierbei sind erhebliche Zweifel angezeigt, da wir zurzeit feststellen, dass z.B. das Krankenhaus Brunsbüttel eine eigenständige Unfallstation nicht mehr aufzeigt. Dieses ist für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel mit seinen Chemieunternehmen nicht zu akzeptieren.

Ebenso bedenklich scheint im Bereich Berufsausbildung, dass eine eigenständige Chemikanten Berufsschulklasse, wie seit vielen, vielen Jahren bestehend, nicht mehr fortgeführt werden kann.

Ein dringend notwendiges Standortmarketing mit entsprechender, besser ausgestatteter finanzieller Sicherheit der Kommunen und Städte vor Ort ist durch die Landesregierung sicherzustellen.

### **Energiepolitik:**

Die Bundesregierung will im Rahmen des Klimaschutzaktionsplanes eine Senkung der Kohlendioxid -Emissionen bis 2020 um 40% bewirken. Allerdings haben alle bisher vorgetragenen Modelle den Strompreis erheblich angetrieben und zur Schließung von Kraftwerken und der Gefährdung der Braunkohle – Tagebauer geführt.

Die IG BCE wirbt ausdrücklich für eine Neuausrichtung der, auch von der IG BCE befürworteten, Energiewende. Sie kann nur gelingen, wenn nicht länger die Renditen von Anlegern gefördert werden. Nur über den Weg sicherer Wettbewerbssicherheit kann es gelingen, andere Länder mit weit höheren Emissionswerten wie China, Indien oder die USA dazu zubringen eine erneuerbare Energiebasis nachzubauen. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Forderungen der IG BCE zu unterstützen. Um Wiederholungen zu vermeiden, dürfen wir an dieser Stelle auf die Broschüre der IG BCE „Umsteuern in der Energiepolitik“ verweisen.

Mineralöl wird noch für Jahrzehnte einer der zentralen Energieträger in Deutschland und Europa bleiben. Deshalb muss die Politik – auch die Landesregierung – die Rahmenbedingungen für den Erhalt der heimischen Mineralölwirtschaft schaffen.

Hierzu gehört auch die Förderung und nicht die Hemmung durch zusätzliche Kostenfaktoren für die Ölförderung in Schleswig-Holstein.

Die Wettbewerbsbedingungen für die Chemische Industrie in Deutschland werden durch die derzeitigen Energiepolitischen Rahmenbedingungen erheblich verschlechtert. Die Kostensituation in diesem Bereich führt dazu, dass in Deutschland und speziell auch hier in

Schleswig-Holstein kaum noch in Neuanlagen investiert wird. Im Gegenteil Investitionen in bestimmten Bereichen sogar ausgesetzt werden.

Unser Standortvorteil „Windenergie“ führt derzeit nicht in ausreichendem Maße dazu, dass die Industrieregion Westküste attraktiver für neue Unternehmungen wird.

Damit werden auch keine Arbeitsplätze gesichert, geschweige denn geschaffen.

Konkrete Forderungen: Die Landesregierung muss die Sicherung bzw. die Neuansiedlung von energieintensiven Produktionen offensiv forcieren.

Zum Beispiel mit Umwandlung von überschüssigem Strom in Wasserstoff ließen sich einige kritische Fragen der Energiewende, wie beispielsweise die Speicherung, positiv bewegen. Das scheitert derzeit an der Kostenrelation getrieben durch das EEG.

Die Landesregierung ist aufgefordert die Zukunftschancen hierbei voranzutreiben und nutzbar zu machen. Eine Unterstützung der derzeitigen Energiepolitik auf Bundesebene, die die Energiepreise nicht nur für Industrie sondern auch für Verbraucher massiv verteuert, ist durch die Landesregierung zu unterlassen. Standorte im Raum Westküste müssen gesichert und nicht durch zusätzliche, übertriebene Kosten gefährdet werden.